

Gericht: VG Regensburg
Aktenzeichen: RN 5 K 11.1639
Sachgebiets-Nr: 460

Rechtsquellen:

§ 5 Abs. 2 Satz 1 i.V.m. § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BÄO

Hauptpunkte:

Widerruf der Approbation als Arzt wegen eines nicht berufsbezogenen Fehlverhaltens (Steuerhinterziehung)

Leitsätze:

Urteil der 5. Kammer vom 27.09.2012

Az. RN 5 K 11.1639



**Bayerisches Verwaltungsgericht Regensburg
Im Namen des Volkes**

In der Verwaltungsstreitsache

***** , *****

- Kläger -

— bevollmächtigt:
Rechtsanwalt *****
***** , *****

gegen

Freistaat Bayern

vertreten durch die Regierung von Niederbayern
Postfach, 84023 Landshut

- Beklagter -

beteiligt:
Regierung von Niederbayern
als Vertreter des öffentlichen Interesses
Postfach, 84023 Landshut

wegen

Widerruf der Approbation

erlässt das Bayerische Verwaltungsgericht Regensburg, 5. Kammer, unter Mitwirkung von

Vorsitzendem Richter am Verwaltungsgericht Dr. Lohner
Richter am Verwaltungsgericht Dr. Thumann
Richter am Verwaltungsgericht Dr. Hohmann
ehrenamtlichem Richter Rainer
ehrenamtlichem Richter Schalk

aufgrund mündlicher Verhandlung vom 27. September 2012

am 27. September 2012

folgendes

Urteil:

- I. Die Klage wird abgewiesen.
- II. Die Kosten des Verfahrens hat der Kläger zu tragen.
- III. Das Urteil ist im Kostenpunkt vorläufig vollstreckbar.

Tatbestand :

Der Kläger, der zuletzt eine Augenarztpraxis in *****, ***** betrieben hat, wendet sich gegen den Widerruf seiner Approbation als Arzt.

Mit Schreiben vom 18.2.2011 informierte die Staatsanwaltschaft ***** die Regierung von Niederbayern darüber, dass gegen den Kläger Anklage wegen Steuerhinterziehung erhoben wurde. Daraufhin leitete der Beklagte ein Verfahren zum Widerruf der ärztlichen Approbation gegen den Kläger ein.

Mit seit dem 20.4.2011 rechtskräftigem Urteil des Landgerichts ***** (Az. *****) wurden der Kläger und seine Ehefrau der gemeinschaftlichen Steuerhinterziehung im besonders schweren Fall in fünf Fällen schuldig gesprochen (§§ 369, 370 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 3 Nr. 1 AO a.F., 25 Abs. 2, 53 StGB). Der Kläger wurde zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von 2 Jahren und 10 Monaten verurteilt, wobei eine achtmonatige Freiheitsstrafe aus einem Urteil des Amtsgerichts ***** vom 27.8.2009 (Az. *****) wegen unerlaubten Besitzes einer halbautomatischen Kurzwaffe in Tateinheit mit unerlaubtem Besitz von Munition einbezogen wurde.

Der Verurteilung lagen im Wesentlichen folgende Tatsachenfeststellungen zugrunde:

Der Kläger und seine Ehefrau wurden gemeinsam zur Einkommenssteuer veranlagt. In ihren Einkommenssteuererklärungen für die Jahre 2003 bis 2007 erklärten sie die Einkünfte aus der Augenarztpraxis bewusst unvollständig, wodurch die Steuerfestsetzungen durch das Finanzamt ***** viel zu niedrig ausfielen. Zum einen unterhielt der Kläger neben dem einzigen betrieblichen Bankkonto für die Arztpraxis weitere Konten bei anderen Banken, auf denen erheblichen Zahlungen aus Privatliquidationen eingingen. Die Einnahmen auf diesen Konten erklärte der Kläger nicht. Darüber hinaus wurden weitere Betriebseinnahmen nicht erklärt. Dabei handelte es sich um Honorare der Kassenärztlichen Vereinigung in den Jahren

2003 und 2004 sowie um individuelle Gesundheitsleistungen in den Jahren 2003 bis einschließlich 2005. Zur Minderung der Betriebseinnahmen setzte der Kläger ferner für technische Geräte, die nicht angeschafft wurden, Abschreibungen für Anschaffungen an. Es handelte sich dabei um wahrheitswidrig behauptete Betriebsausgaben für die Anschaffung eines Lasers in den Jahre 2003 bis 2006. Für zwei weitere Geräte wurden in den Jahren 2003 und 2004 ungerechtfertigt Abschreibungen geltend gemacht. Als weitere fingierte Kosten für den Betrieb der Praxis wurden Beratungskosten eines gewissen Herrn K. geltend gemacht, die tatsächlich nicht angefallen waren. Auch geltend gemachte Kosten für eine Praxisvertretung waren in Wirklichkeit nicht angefallen. Zuzüglich unberechtigter Weise geltend gemachter Kleinpositionen für private Aufwendungen ergab sich nach den landgerichtlichen Feststellungen in den Jahren 2003 bis 2007 ein nicht versteuerter Gewinn aus der Arztpraxis in Höhe von insgesamt 2.533.316,-- €.

Darüber hinaus erlangten der Kläger und seine Ehefrau Kapitaleinkünfte aus Österreich, die sie ebenfalls nicht erklärten. Diese betrugen für die Jahre 2003 bis 2007 insgesamt 617.400,-- €.

Die vom Kläger im Zeitraum 2003 bis 2007 hinterzogene Einkommenssteuer belief sich nach den Feststellungen des Landgerichts ***** im Ergebnis auf 1.381.528,-- €. Hinzu kamen hinterzogene Solidaritätszuschläge in Höhe von insgesamt 76.674,77 €.

Den vom Landgericht festgestellten Sachverhalt hatten der Kläger und seine Ehefrau in der Hauptverhandlung in vollem Umfang eingeräumt.

Ferner ergaben die Ermittlungen der Regierung von Niederbayern im approbationsrechtlichen Verfahren, dass die Staatsanwaltschaft ***** Klage mit Anklageschrift vom 17.6.2011 (Az. *****) beim Landgericht ***** erhoben hatte. In der Anklageschrift wird dem Kläger ein Betrug in 203 Fällen zur Last gelegt. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft hatten ergeben, dass der Kläger bei verschiedenen Krankenkassen für die von ihm behandelten Patienten Materialkosten für harte Kontaktlinsen in Rechnung gestellt hatte, obwohl er – wie er wusste – weiche Kontaktlinsen an die Patienten abgegeben hatte. In der Anklageschrift wird davon ausgegangen, dass dem Kläger dabei bewusst gewesen ist, dass die Anspruchsvoraussetzungen für die Verordnung und in Rechnung Stellung weicher Kontaktlinsen aufgrund der gesetzlichen Vorschriften und für ihn verbindlichen Hilfsmittelrichtlinien nicht vorlagen. Der durch die falschen Abrechnungen bei den Krankenversicherungen verursachte Gesamtschaden beläuft sich nach der Anklageschrift auf 49.373,19 €.

Mit Bescheid vom 23.9.2011, dem Kläger am 27.9.2011 zugestellt, widerrief die Regierung von Niederbayern nach Anhörung des Klägers dessen Approbation als Arzt (Ziffer 1). Dem Kläger wurde aufgegeben, das Original der Urkunde über die ihm erteilte Approbation als

Arzt einschließlich aller in seinem Besitz befindlichen beglaubigten Ablichtungen, Abschriften und Ausfertigungen an die Regierung von Niederbayern herauszugeben (Ziffer 2). Falls der Kläger der ihm in Ziffer 3 (gemeint ist offensichtlich Ziffer 2) auferlegten Verpflichtung nicht innerhalb eines Monats nach Unanfechtbarkeit des Bescheids nachkomme, werde ein Zwangsgeld in Höhe von 2.000,-- € zur Zahlung fällig (Ziffer 3). Die Kosten des Verfahrens wurden dem Kläger auferlegt (Ziffer 4), wobei für den Bescheid eine Gebühr von 350,-- € festgesetzt und Auslagen in Höhe von 3,45 € erhoben wurden (Ziffer 5).

Zur Begründung wird im Wesentlichen ausgeführt, die Approbation des Klägers habe gemäß § 5 Abs. 2 Satz 1 der Bundesärzteordnung (BÄO) widerrufen werden müssen, da nachträglich eine der Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BÄO weggefallen sei. Der Kläger habe sich aufgrund der vom Landgericht ***** abgeurteilten Steuerhinterziehungen als unwürdig und unzuverlässig zur Ausübung des ärztlichen Berufes erwiesen.

Auch wenn es sich bei der Steuerhinterziehung um eine außerberufliche Verfehlung handele, habe der Kläger dadurch zum Ausdruck gebracht, dass er sich bei seiner beruflichen Tätigkeit nicht wie in § 1 BÄO niedergelegt vorrangig am Wohl der Patienten orientiere, sondern primär seinen eigenen finanziellen Vorteil im Auge habe. Eine solche vorrangig finanziell motivierte und bestimmte Ausübung des ärztlichen Berufes sei mit dem Bild der Bevölkerungen eines primär helfenden und heilenden Arztes nicht in Einklang zu bringen, weshalb nicht mehr angenommen werden könne, dass der Kläger das zur Ausübung des ärztlichen Berufes notwendige Ansehen und Vertrauen der Bevölkerung besitze, mithin also unwürdig zur Ausübung des ärztlichen Berufes sei. Zwar habe der Kläger im Rahmen seiner Anhörung vorgebracht, hinsichtlich der Höhe der hinterzogenen Steuern sei noch ein finanzgerichtliches Verfahren anhängig, weshalb die Steuerhinterziehung nicht als Grundlage des Approbationswiderrufs dienen könne. Diesbezüglich sei jedoch festzustellen, dass ein finanzgerichtliches Verfahren keinen Einfluss auf den Widerruf der Approbation habe, zumal der Kläger die gegen ihn erhobenen Vorwürfe vor dem Landgericht ***** selbst eingeräumt habe. Zweifel an den Feststellungen des Landgerichts ***** bestünden damit nicht.

Durch die massiven Steuerhinterziehungen habe sich der Kläger auch als unzuverlässig zur Ausübung des ärztlichen Berufes erwiesen. Auch insoweit könne außerberufliches Verhalten berücksichtigt werden. Der Kläger habe über Jahre hinweg Steuern in einem enormen Ausmaß hinterzogen und insoweit ein maßlos übersteigertes und rücksichtsloses Gewinnstreben zu Lasten der Allgemeinheit an den Tag gelegt. Aufgrund dessen könne nicht mehr davon ausgegangen werden, dass er künftig seine berufliche Tätigkeit als Arzt vorrangig am Wohle der Patienten ausrichte.

Am 21.10.2011 erhob der Kläger Anfechtungsklage.

Der Vorwurf des Abrechnungsbetrugs gegenüber verschiedenen Krankenkassen sei „unzulässig“. Alle Krankenkassen hätten schriftlich erklärt, dass sie keine Forderungen gegen den Kläger hätten. Das Strafverfahren sei mittlerweile durch Beschluss des Landgerichts ***** (Az. *****) eingestellt worden. Obwohl der Beklagte immer wieder beteuere, dass dieser Sachverhalt beim Widerruf der Approbation nicht berücksichtigt worden sei, werde immer wieder auf das eingestellte Strafverfahren Bezug genommen. Deshalb werde darauf hingewiesen, dass dem Kläger in diesem Strafverfahren kein Vorsatz habe nachgewiesen werden können. Der Kläger habe versehentlich bei der Abrechnung von Kontaktlinsen eine andere Abrechnungsziffer benutzt, da er ein älteres Verzeichnis der Abrechnungsziffern in seiner Praxis gehabt habe. Das Strafverfahren sei im Übrigen auch deshalb eingestellt worden, weil der Kläger den gesamten bei verschiedenen Krankenkassen entstandenen Schaden zwischenzeitlich wieder gut gemacht habe. Diesbezüglich legte der Kläger Bestätigungen verschiedener Krankenkassen vor, wonach keine Forderungen gegenüber dem Kläger mehr bestehen.

Auch der unerlaubte Waffenbesitz deute nicht auf Unzuverlässigkeit hin, weil im Beamtenrecht sogar eine Bewährungsstrafe bis zu zwölf Monaten ein Verbleiben im Dienst möglich mache.

In Bezug auf die vom Beklagten für den Widerruf der Approbation herangezogene Verurteilung durch das Landgericht ***** wegen Steuerhinterziehung müsse gesehen werden, dass das Urteil auf einem „Deal“ beruht habe, der hinter verschlossenen Türen zwischen dem Anwalt des Klägers, der Staatsanwaltschaft und den Richtern ausgehandelt worden sei. Der Kläger selbst sei bei diesem Gespräch überhaupt nicht anwesend gewesen. Im Strafverfahren vor dem Landgericht ***** sei der Sachverhalt der Steuerhinterziehung dann auch gar nicht mehr neu verhandelt worden. Dies sei jetzt Aufgabe der Finanzgerichte. Derzeit sei ein Verfahren beim Finanzgerichts München anhängig, bei dem der steuerliche Sachverhalt aufgearbeitet werde. Das Verfahren betreffe die Einkommensteuererklärung 2008. Es sei zu erwarten, dass die im Strafurteil festgestellte Summe der hinterzogenen Steuern zu hoch angesetzt worden sei und in Wirklichkeit wesentlich niedriger ausfallen werde. Das Landgericht ***** sei zum Teil von falschen Tatsachen ausgegangen. So seien beispielsweise Kosten für den Unternehmensberater K. tatsächlich angefallen. Der Unternehmensberater habe dem Kläger geholfen, die Betriebskosten und hier insbesondere die Personalkosten deutlich zu senken. Herr K. sei über mehrere Jahre in der Arztpraxis tätig gewesen und habe im Zeitraum von 2000 bis 2007 Beratungshonorare in Höhe von 215.159,19 € erhalten, was Herr K. auch bestätigen könne. Der gesamte steuerrechtliche Sachverhalt werde derzeit vom Fi-

nanzgericht München geklärt. Das verwaltungsgerichtliche Verfahren müsse deshalb bis zum rechtskräftigen Abschluss des Steuerverfahrens ausgesetzt werden bzw. das Ruhen des Verfahrens müsse angeordnet werden.

Außerdem ergebe sich aus der Steuerhinterziehung nicht die Unzuverlässigkeit und Unwürdigkeit in Bezug auf den Beruf als Arzt. Steuerhinterziehung sei zwar verboten, werde in der Bevölkerung jedoch als „Kavaliersdelikt“ angesehen. Das Vertrauen der Patienten und die fachlichen Fähigkeiten als Arzt würden dadurch absolut nicht erschüttert. Die steuerrechtlichen Verfehlungen stünden mithin in keiner Beziehung zum Beruf als Augenarzt.

Der Erfolg der Praxis des Klägers habe auf seinen medizinischen Fähigkeiten und zwischenmenschlichen Beziehungen zwischen ihm und seinen Patienten basiert. Ihm sei in seiner siebzehnjährigen Tätigkeit niemals ein Behandlungsfehler unterstellt worden. Das Vertrauensverhältnis zu den Patienten sei niemals gestört gewesen. Er habe mittlerweile „alles verloren“. Die gut gehende Augenarztpraxis existiere nicht mehr. Der Kläger befinde sich in psychotherapeutischer Behandlung und stehe wirtschaftlich vor einem Scherbenhaufen. Ein zusätzlicher Widerruf der Approbation sei absolut existenzvernichtend. Der Widerruf der Approbation neben der Verurteilung durch das Landgericht stelle eine unzulässige Doppelbestrafung dar.

Der Widerruf der Approbation sei ferner unverhältnismäßig und stelle einen Eingriff in die grundrechtlich geschützte Berufsfreiheit nach Art. 12 Abs. 1 GG dar, der nicht zu rechtfertigen sei. Die Einschränkung der Berufswahlfreiheit sei nicht zum Schutz wichtiger Gemeinschaftsgüter erforderlich. Weder das Landgericht ***** noch die Staatsanwaltschaft hätten im Strafverfahren ein Berufsverbot oder sogar den Entzug der Approbation gefordert.

Vor dem Hintergrund des anhängigen Steuerverfahrens vor dem Finanzgericht München beantragt der Kläger,

das Verfahren bis zum rechtskräftigen Abschluss des Steuerverfahrens vor dem Finanzgericht München auszusetzen bzw. das Ruhen des Verfahrens anzuordnen

Im Übrigen beantragt er,

den Bescheid der Regierung von Niederbayern vom 23.9.2011 aufzuheben.

Der Beklagte beantragt,

die Klage abzuweisen.

Der Abrechnungsbetrug gegenüber verschiedenen Krankenkassen habe beim Approbationswiderruf keine Rolle gespielt. Der Widerruf sei allein auf die massiven Steuerhinterziehungen gestützt worden. Im Übrigen gehe die Argumentation des Klägers fehl, wonach der Vorwurf des Abrechnungsbetrugs „unzulässig“ sei. Das Strafverfahren sei nicht eingestellt worden, weil dem Kläger der Betrug nicht nachzuweisen gewesen sei, sondern vielmehr sei die Einstellung nach § 154 Abs. 2 StPO erfolgt, weil die in dem Verfahren zu erwartenden Rechtsfolgen gegenüber der bereits vom Landgericht ***** gegen den Kläger verhängten Freiheitsstrafe von zwei Jahren und zehn Monaten nicht erheblich ins Gewicht falle.

Ferner sei der Widerruf auch nicht auf den unerlaubten Waffenbesitz gestützt worden.

Auf die Frage, ob durch die Steuerhinterziehungen das Vertrauensverhältnis zwischen dem Kläger und seinen Patienten erschüttert worden sei, komme es nicht an; denn die im approbationsrechtlichen Verfahren maßgeblichen Begriffe der Unwürdigkeit und Unzuverlässigkeit seien anhand eines objektiven Maßstabes auszufüllen. Auch ein schweres außerberufliches Fehlverhalten könne einen Ansehens- und Vertrauensverlust hervorrufen, der den Betroffenen für den ärztlichen Beruf als auf absehbare Zeit untragbar erscheinen lasse.

Schließlich komme es nicht darauf an, ob der Umfang der hinterzogenen Steuern im strafgerichtlichen Urteil zu hoch angesetzt worden sei. Entscheidend sei, dass der Kläger den Tatbestand der Steuerhinterziehung in vielen Fällen verwirklicht habe, was er aufgrund seines Geständnisses in der mündlichen Verhandlung vor dem Landgericht auch eingeräumt habe. Grundsätzlich könnten die Behörden die tatsächlichen und rechtlichen Feststellungen in einem rechtskräftigen Strafurteil der Beurteilung der berufsrechtlichen Unwürdigkeit und Unzuverlässigkeit zugrunde legen. Es sei nicht Aufgabe der Verwaltungsbehörde, im Approbationswiderrufsverfahren ein rechtskräftig abgeschlossenes Strafverfahren erneut aufzurollen. Dies müsse zumal dann gelten, wenn das Strafurteil auf einer Absprache zwischen dem Gericht, der Staatsanwaltschaft und dem Verteidiger beruhe. Im Übrigen sei nicht zu erwarten, dass das derzeit anhängige Verfahren vor dem Finanzgericht München zu einer endgültigen Klärung der Höhe der vom Kläger hinterzogenen Steuern beitragen könne. Das Verfahren betreffe die Einkommensteuererklärung 2008, während die vom Landgericht ***** abgeurteilten Steuerstraftaten die Erklärungszeiträume 2003 bis 2007 betroffen habe.

Deshalb werde weder einer Aussetzung des Verfahrens noch einem Ruhen des Verfahrens zugestimmt.

Die Frage nach dem Verbot einer Doppelbestrafung (ne bis in idem) stelle sich schon wegen der unterschiedlichen Zielsetzungen des Straf- und des Approbationswiderrufsverfahrens nicht.

Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten wird auf den Inhalt der Gerichtsakte sowie auf die Akten der Regierung von Niederbayern, die dem Gericht vorgelegen haben, Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

Die zulässige Klage ist nicht begründet. Der Widerruf der Approbation ist rechtmäßig und verletzt den Kläger nicht in seinen Rechten, § 113 Abs. 1 Satz 1 VwGO.

1. Das Verfahren war nicht – wie vom Kläger beantragt – bis zur Entscheidung des Finanzgerichts München über den dort anhängigen Steuerrechtsstreits des Klägers auszusetzen.

Nach § 94 VwGO kann das Gericht, wenn die Entscheidung des Rechtsstreits ganz oder zum Teil von dem Bestehen oder Nichtbestehen eines Rechtsverhältnisses abhängt, das den Gegenstand eines anderen anhängigen Rechtsstreit bildet, oder von einer Verwaltungsbehörde festzustellen ist, anordnen, dass die Verhandlung bis zur Erledigung des anderen Rechtsstreits oder bis zur Entscheidung der Verwaltungsbehörde auszusetzen sei. Eine Aussetzung ist danach nur möglich, wenn die Beurteilung eines Rechtsverhältnisses durch ein anderes Gericht für die Entscheidung des Rechtsstreits vorgeflich ist. Dies ist jedoch nicht der Fall; denn für die Beurteilung der Frage, ob der Kläger unzuverlässig oder unwürdig für die Ausübung des ärztlichen Berufs ist, kommt es nicht auf die Entscheidung des Finanzgerichts München an, weshalb das Gericht auch nicht näher überprüfen musste, welche Veranlagungszeiträume das vor dem Finanzgericht anhängige Verfahren betrifft. Selbst wenn nämlich auch die Steuerfestsetzungen für die Veranlagungszeiträume 2003 bis 2007 vom Finanzgericht überprüft werden und dort konkret ermittelt wird, wie hoch die in diesen Zeiträumen festzusetzenden Steuern sind, so spielt dies im approbationsrechtlichen Verfahren gleichwohl keine entscheidungserhebliche Rolle. Maßgeblich ist hier nämlich allein die strafrechtliche Beurteilung des Fehlverhal-

tens des Klägers, die abschließend und rechtskräftig vom Landgericht ***** vorgenommen worden ist. Das Strafgericht hat insoweit rechtskräftig festgestellt, dass der Kläger den Tatbestand der Steuerhinterziehung im besonders schweren Fall (§ 370 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 3 Nr. 1 AO a.F.) erfüllt hat. Somit steht nach dem Strafurteil fest, dass der Kläger Steuern in großem Ausmaß verkürzt hat, indem er gegenüber den Finanzbehörden unrichtige oder unvollständige Angaben über steuerlich erhebliche Tatsachen gemacht hat. In diesem Zusammenhang ist auch zu bedenken, dass die Verurteilung des Landgerichts auf einem Geständnis des Klägers beruht, in dem dieser die ihm vorgeworfenen steuerrechtlichen Verfehlungen eingeräumt hat. Die Frage, ob der dem Fiskus dadurch entstandene Schaden exakt in der vom Landgericht angenommenen Höhe entstanden ist oder ob das Finanzgericht bei der steuerrechtlichen Überprüfung des Sachverhalts zu einer anderen Steuerfestsetzung gelangt, ist demgegenüber zweitrangig.

Eine Ruhensanordnung nach §§ 173 VwGO, 251 ZPO konnte schon deshalb nicht ergehen, weil insoweit ein Antrag beider Parteien erforderlich ist und der Beklagte dem Ruhensantrag des Klägers nicht zugestimmt hat.

2. Die Klage ist unbegründet.

Rechtsgrundlage für den Widerruf der Approbation ist § 5 Abs. 2 Satz 1 i.V.m. § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BÄO. Danach ist die Approbation zu widerrufen, wenn sich der Arzt nach Erteilung der Approbation eines Verhaltens schuldig gemacht hat, aus dem sich seine Unwürdigkeit oder Unzuverlässigkeit zur Ausübung des ärztlichen Berufs ergibt.

Die Begriffe „Unzuverlässigkeit“ und „Unwürdigkeit“ haben jeweils eine eigenständige Bedeutung. Der Begriff der Unzuverlässigkeit wird durch die Prognose gekennzeichnet, ob der Betroffene auch in Zukunft seine beruflichen Pflichten nicht zuverlässig erfüllen wird, d.h., es müssen Tatsachen vorliegen, aufgrund derer die Annahme gerechtfertigt ist, der Arzt werde die berufsspezifischen Vorschriften und Pflichten künftig nicht beachten (BVerwG v. 16.9.1997, BVerwGE 105, 214 m.w.N.). Demgegenüber bedarf es zur Feststellung der Unwürdigkeit keines prognostischen Elements. Sie ist nicht vom künftigen Verhalten des Betroffenen abhängig. Nach allgemeiner Auffassung ist ein Arzt zur Ausübung des ärztlichen Berufs unwürdig, wenn er durch sein Verhalten nicht mehr das Ansehen und das Vertrauen besitzt, das für die Ausübung seines Berufs unabdingbar nötig ist. Diese Definition knüpft die Feststellung der Berufsunwürdigkeit im Hinblick auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit an hohe Voraussetzungen. Sie verlangt ein schwerwiegendes Fehlverhalten des Arztes, das bei Würdigung aller Umstände seine weitere

Berufsausübung im maßgeblichen Zeitpunkt untragbar erscheinen lässt (BVerwG v. 14.4.1998, Az. 3 B 95.97 <juris>). Maßgeblicher Zeitpunkt für die Frage, ob Unzuverlässigkeit und/oder Unwürdigkeit des Klägers für die Ausübung des ärztlichen Berufes anzunehmen ist, ist der Zeitpunkt des Abschlusses des Verfahrens, also der Zeitpunkt des Erlasses des streitgegenständlichen Widerrufsbescheids; denn bei Anfechtungsklagen gegen statusentziehende Verwaltungsakte, wie den Widerruf der Approbation, gibt die Sach- und Rechtslage im Zeitpunkt der letzten Behördenentscheidung den Ausschlag (BVerwG v. 9.11.2006, Az. 3 B 7/06 <juris> m.w.N.).

- a) Sowohl die Unzuverlässigkeit als auch die Unwürdigkeit setzen somit bestimmte Anknüpfungstatsachen voraus. Diesbezüglich hat der Beklagte zu Recht auf die Feststellungen im seit dem 20.4.2011 rechtskräftigen Urteil des Landgerichts ***** zurückgegriffen. Danach hat der Kläger in den Jahren 2003 bis 2007 seine Einkünfte aus der Arztpraxis bewusst unvollständig erklärt. In seinen Einkommenssteuererklärungen gab er erhebliche Zahlungen aus Privatliquidationen sowie vereinbarte Honorare der kassenärztlichen Vereinigung nicht an. Ferner machte er Abschreibungen für Anschaffungen für technische Geräte geltend, die tatsächlich von ihm nicht angeschafft worden sind. Ferner machte er Ausgaben für Beratungskosten geltend, die tatsächlich nicht angefallen waren. Auch Kapitaleinkünfte aus Österreich erklärte er nicht, wodurch dem Fiskus Steuereinnahmen in erheblicher Höhe entzogen wurden.

Es bestehen keine Anhaltspunkte dafür, dass die im rechtskräftigen Strafurteil des Landgerichts ***** enthaltenen Tatsachenfeststellungen anzuzweifeln wären. In der höchstrichterlichen Rechtsprechung ist geklärt, dass sogar die in einem rechtskräftigen Strafbefehl enthaltenen tatsächlichen und rechtlichen Feststellungen regelmäßig zur Grundlage einer behördlichen oder gerichtlichen Entscheidung gemacht werden dürfen, die den Widerruf einer Approbation beinhaltet bzw. bestätigt. Dies muss erst recht gelten für Strafurteile, die im Strafverfahren auf der Grundlage einer Hauptverhandlung (§ 260 Abs. 1 StPO) ergehen. Damit können Behörden und Gerichte Feststellungen in einem rechtskräftigen Strafbefehl und erst recht in einem rechtskräftigen Strafurteil der Beurteilung der Unzuverlässigkeit und Unwürdigkeit im berufsrechtlichen Sinn zugrunde legen, ohne diese auf ihre vom Betroffenen bestrittene Richtigkeit selbst überprüfen zu müssen. Ein Abweichen von den Feststellungen einer rechtskräftigen strafgerichtlichen Entscheidung kann ausnahmsweise allerdings dann geboten sein, wenn gewichtige Anhaltspunkte für deren Unrichtigkeit bestehen. Dies ist etwa dann der Fall, wenn Wiederaufnahmegründe im Sinne des § 339 StPO gegeben sind, die maßgeblichen tatsächlichen Feststellungen des Strafgerichts erkennbar auf einem Irrtum beruhen oder die Behörde oder die Verwaltungsgerichte aus-

nahmsweise in der Lage sind, eine für ihre Entscheidung erhebliche aber strittige Tatsache besser als das Strafgericht aufzuklären (so zuletzt: BayVGH v. 25.9.2012, Az. 21 BV 11.340 <juris> mit zahlreichen Nachweisen aus der höchstrichterlichen Rechtsprechung). Derart gewichtige Anhaltspunkte für die Unrichtigkeit der tatsächlichen Feststellungen im rechtskräftigen Strafurteil des Landgerichts ***** bestehen nicht. Der Kläger selbst bestreitet im Grunde nicht, die ihm im Strafurteil vorgeworfenen Straftaten begangen zu haben. Er behauptet allerdings, die Höhe der von ihm hinterzogenen Steuern sei wesentlich niedriger als vom Landgericht angenommen. Dies gelte zum Beispiel deshalb, weil Herr K. – entgegen den Feststellungen im Urteil des Landgerichts – tatsächlich als Berater in der Praxis des Klägers tätig gewesen sei. Insoweit ist jedoch darauf hinzuweisen, dass die Feststellungen im Strafurteil auf dem Geständnis des Klägers beruhen. Wären die vom Kläger begangenen Straftaten tatsächlich nicht so schwerwiegend gewesen, wie dies der Kläger nunmehr im approbationsrechtlichen Verfahren glauben machen will, so hätte er sich im Strafverfahren wohl kaum auf eine Verständigung im Sinne des § 257 c StPO eingelassen. Er hat durch die im Strafverfahren getroffene Absprache immerhin eine ganz erhebliche Freiheitsstrafe von 2 Jahren und 10 Monaten akzeptiert. Wären die von ihm begangenen Taten tatsächlich nur „Bagatelldelikte“ gewesen, so hätte es dem Kläger im Strafverfahren oblegen, dies auch nachzuweisen. Das klägerische Einverständnis mit einer mehrjährigen Freiheitsstrafe spricht im Gegenteil dafür, dass die Feststellungen im Strafurteil zutreffend sind. Auch vermag das Gericht der Argumentation des Klägers nicht zu folgen, wonach der Absprache im approbationsrechtlichen Verfahren keine besondere Bedeutung beizumessen sei, weil sie zwischen den Strafrichtern, der Staatsanwaltschaft und dem Anwalt des Klägers ausgehandelt worden sei, ohne dass der Kläger bei diesen Verhandlungen zugegen gewesen sei. Insoweit ist nämlich auf die ausdrückliche Regelung in § 257 c Abs. 3 Satz 4 StPO hinzuweisen, wonach der Angeklagte der vorgeschlagenen Verständigung ausdrücklich zustimmen muss, so dass dem Kläger der Inhalt der Absprache auch bekannt gewesen sein muss. Für die entscheidende Kammer besteht nach alledem kein Anlass, die rechtskräftigen Feststellungen des Landgerichts ***** in Frage zu stellen.

- b) Die danach zugrunde zu legenden Tatsachen rechtfertigen jedenfalls die Annahme der Unwürdigkeit des Klägers zur Ausübung des Berufs als Arzt.

Auch wenn Steuervergehen keinen unmittelbaren Rückschluss auf die berufliche Tätigkeit eines Arztes zulassen, da sie in keinem Zusammenhang mit der Gesundheit der dem Arzt anvertrauten Patienten stehen, kann sich aus ihnen gleichwohl die Unwürdigkeit eines Arztes zur Ausübung des ärztlichen Berufs ergeben. Erforderlich ist

insoweit, dass ein schwerwiegendes, beharrliches steuerliches Fehlverhalten gegeben ist, welches die Annahme rechtfertigt, der Approbierte setze sich im eigenen finanziellen Interesse in einem solchen Maße auch über strafbewehrte, im Interesse der Allgemeinheit bestehenden Bestimmungen hinweg, dass er schon deshalb als Arzt untragbar ist (OVG Lüneburg v. 4.12.2009, Az. 8 LA 197/09 <juris>; OVG Münster v. 31.8.2006, Az. 13 A 1190/05 <juris>; OVG Nordrhein-Westfalen v. 31.8.2006, Az. 13 A 1190/05 <juris> und vom 25.5.1993, Az. 5 A 2679/91 <juris>). Diese Auffassung vertritt im Übrigen auch das VG Arnsberg (Urteil v. 16.6.2011, Az. 7 K 927/10 <juris>), dessen Entscheidung der Kläger zum Beleg dafür ins Feld führt, dass eine Steuerhinterziehung nicht den Widerruf der Approbation rechtfertigen könne. Dazu ist auszuführen, dass auch das VG Arnsberg eindeutig feststellt, dass ein außerberufliches Fehlverhalten bei entsprechender Schwere einen Widerruf der Approbation zur Folge haben kann. Im konkreten Fall wurde die Unwürdigkeit des Betroffenen allein deshalb verneint, weil die ihm zur Last gelegte Steuerhinterziehung bereits 16 Jahre zurück lag.

Wer – wie der Kläger – unter Aufwendung erheblicher krimineller Energie dem Fiskus Steuern massiv, beharrlich und über einen langen Zeitraum entzieht, verliert auch ohne unmittelbar berufsbezogenes Fehlverhalten das notwendige Vertrauen in die vorrangig am Wohl der Patienten orientierte Berufsausübung. Er bringt dadurch zum Ausdruck, dass er sein gesamtes Verhalten primär an seinen eigenen finanziellen Interessen orientiert. Dies rechtfertigt die Annahme der Unwürdigkeit zur Ausübung des ärztlichen Berufs, da ein Gewinnstreben um jeden Preis zu einem erheblichen Ansehens- und Vertrauensverlust in der Öffentlichkeit führt (so auch: OVG Lüneburg vom 4.12.2009, Az. 8 LA 197/09 <juris>).

Der Widerrufstatbestand stellt auch nicht auf den zufälligen Umstand ab, inwieweit das Fehlverhalten des Klägers in der Öffentlichkeit bekannt geworden ist. Entscheidend ist vielmehr, dass seine gravierenden strafrechtlichen Verfehlungen, auch wenn sie nicht den Kernbereich der ärztlichen Tätigkeit betreffen nicht mit der Vorstellung in Einklang gebracht werden können, die mit der Einschätzung der Persönlichkeit eines Arztes gemeinhin verbunden ist (BayVGH v. 10.5.2012, Az. 21 ZB 11.1883 <juris>). Dies ist – wie bereits aufgezeigt wurde – der Fall.

- c) Es kann dahinstehen, ob neben der Unwürdigkeit auch – wie vom Beklagten angenommen – Unzuverlässigkeit gegeben ist. Diesbezüglich sind gewisse Zweifel deshalb angebracht, weil die steuerlichen Verfehlungen des Klägers nicht unmittelbar berufsbezogen sind und nicht zwingend den Schluss zulassen, der Kläger werde künftig

seine ärztlichen Berufspflichten, wie sie etwa in der Berufsordnung für die Ärzte Bayerns niedergelegt sind, nicht mehr ordnungsgemäß erfüllen. Andererseits haben die steuerlichen Verfehlungen des Klägers zumindest zum Teil einen mittelbaren Bezug zum ärztlichen Beruf. Die vom Kläger nicht erklärten Einnahmen beruhten zumindest zum Teil auch aus seiner ärztlichen Tätigkeit. Ferner setzte er Abschreibungen für die Anschaffung medizinischer Geräte an, die er in Wirklichkeit nicht erworben hat. Ob ein derartiges nur mittelbar berufsbezogenes Fehlverhalten ausreicht, um die Unzuverlässigkeitsprognose in Bezug auf die künftige Ausübung des ärztlichen Berufs zu rechtfertigen, braucht vorliegend nicht entschieden zu werden; denn jedenfalls rechtfertigt das klägerische Fehlverhalten die Annahme der Unwürdigkeit.

- d) Nicht weiter aufzuklären war deshalb auch die Frage, ob der Kläger gegenüber diversen Krankenkassen in der Vergangenheit falsch abgerechnet hat und sich dadurch einen ungerechtfertigten finanziellen Vorteil verschafft hat. Ein solches Fehlverhalten könnte den Approbationswiderruf zwar zusätzlich stützen. Da sich jedoch bereits aus den vom Kläger begangenen Steuerstraftaten seine Unwürdigkeit ergibt, brauchte das Gericht dem nicht weiter nachzugehen, zumal auch der Beklagte diesen Umstand seiner Widerrufsentscheidung nicht zugrunde gelegt hat.
- e) Der vom Beklagten ausgesprochene Widerruf der Approbation ist schließlich auch mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit vereinbar. Die Beachtung dieses Grundsatzes ist bei der Anwendung des § 5 Abs. 2 Satz 1 BÄO im Hinblick auf Art. 12 Abs. 1 GG verfassungsrechtlich geboten. Der Widerruf der Approbation ist jedoch im Licht des Art. 12 Abs. 1 GG dann gerechtfertigt, wenn der mit dem Ausschluss des Betroffenen von einer weiteren Berufsausübung bezweckten Abwehr von Gefahren für das Gemeinwohl ein Gewicht zukommt, das in einem angemessenen Verhältnis zu der Schwere des damit verbundenen Grundrechtseingriffs steht. Andernfalls kommen nur unterhalb der Schwere des Widerrufs liegende berufsrechtliche Maßnahmen in Betracht. Im vorliegenden Fall sind jedoch die Voraussetzungen für den Widerruf der Approbation erfüllt, sodass sich die Verhältnismäßigkeit des Eingriffs aus der vom Gesetzgeber selbst getroffenen Wertung ergibt (BayVGH v. 10.5.2012, Az. 21 ZB 11.1883 <juris> unter Hinweis auf BVerwG v. 28.4.2010, NJW 2010, 2901 und vom 27.10.2010, Az. 3 B 61/10 <juris>).

Eine Verletzung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes ist auch nicht deshalb in Betracht zu ziehen, weil mildere Mittel – etwa ein Teilwiderruf der Approbation – dem mit der Unwürdigkeit einhergehenden Ansehensverlust entgegenwirken könnten. Ein Beschränkung der Approbation, also deren Teilwiderruf, ist gesetzlich nicht möglich. Die

Approbation ist im Gegensatz zu der Erlaubnis nach § 2 Abs. 2 BÄO eine unbeschränkte Erlaubnis zur Ausübung des ärztlichen Berufes und als solche unteilbar. Der Gesetzgeber hat aber dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit dadurch Rechnung getragen, dass er im Rahmen des § 8 Abs. 1 BÄO u.a. für den Fall eines Widerrufs der Approbation wegen Wegfalls einer der Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BÄO die Möglichkeit eröffnet hat, einen Antrag auf Wiedererteilung zu stellen und unter Umständen zunächst eine zeitlich beschränkte Erlaubnis zur erneuten Ausübung des ärztlichen Berufes nach § 8 Abs. 1 BÄO zu erhalten (BayVGH v. 10.5.2012, Az. 21 ZB 11.1883 <juris>; BVerwGE v. 18.8.2011, Az. 3 B 6/11 <juris>).

- f) Die vom Kläger aufgeworfene Frage der „Doppelahndung“ (ne bis in idem) seines Fehlverhaltens stellt sich hier nicht. Die strafrechtliche Ahndung der Steuerhinterziehung und der Widerruf der Approbation dienen nämlich völlig unterschiedlichen Zwecken. Das Strafrecht hat die Aufgabe, die elementaren Werte des Gemeinschaftslebens zu schützen. Schuldausgleich, Prävention, Resozialisierung des Täters, Sühne und Vergeltung für begangenes Unrecht werden deshalb als Aspekte einer angemessenen Strafsanktion bezeichnet (vgl. zu den Strafzwecken: BVerfG v. 21.6.1977, BVerfGE 45, 187). Im Gegensatz dazu stehen für den Widerruf der Approbation das Ansehen des Arztberufs und die künftige Einhaltung von Berufspflichten im Vordergrund, gleichviel ob ein festzustellendes Fehlverhalten in strafrechtlicher Hinsicht als „erheblich“ einzustufen ist. Die strafgerichtliche Entscheidung über die Rechtsfolgen einer Straftat folgt zudem anderen Überlegungen als die im Rahmen des approbationsrechtlichen Verfahrens zu treffende Beurteilung der Berufseignung. Allenfalls dann, wenn das Strafgericht ein Berufsverbot nach § 70 StGB als Maßregel der Besserung und Sicherung ausgesprochen hat und ein sogenannter „berufsrechtlicher Überhang“ nicht besteht, wenn also das strafrechtliche Berufsverbot ausschließlich den gleichen Zweck verfolgt wie der Widerruf der Approbation, kann sich die Frage der Doppelbestrafung stellen (BVerwG v. 27.10.2010, Az. 3 B 61/10 <juris>; v. 14.4.1998, NJW 1999, 3425; v. 14.2.1963, BVerwGE 15, 282).

Nach alledem ist der Widerruf der Approbation des Klägers zu Recht erfolgt.

3. Die Verpflichtung zur Rückgabe der Approbationsurkunde in Ziffer 2 des angegriffenen Bescheids findet ihre Rechtsgrundlage in Art. 52 Satz 1 BayVwVfG.

4. Die Zwangsgeldandrohung in Ziffer 3 des angegriffenen Bescheids ist gleichfalls nicht zu beanstanden. Sie beruht auf den Art. 18, 19, 29 Abs. 1, Abs. 2 Nr. 1, 31, 36 VwZVG. Die Höhe des angedrohten Zwangsgeldes bewegt sich im unteren Bereich des in Art. 31 Abs. 1 Satz 1 VwZVG vorgegebenen Rahmens und berücksichtigt das wirtschaftliche Interesse des Klägers, das dieser am Unterbleiben der Herausgabe der Urkunde hat.
5. Die Kostenentscheidung in Ziffer 5 des streitgegenständlichen Bescheids folgt aus den Art. 1, 2, 5 und 6 BayKG i.V.m. Tarif-Nr. 7.IX.1/2 des Kostenverzeichnisses. Für den Widerruf der Approbation als Arzt ergibt sich danach ein Gebührenrahmen von 250,-- Euro bis 500,-- Euro. Die festgesetzte Gebühr in Höhe von 300,-- Euro bewegt sich wiederum im unteren Bereich dieses Rahmens. Die festgesetzten Auslagen betreffen die Kosten der Zustellung des Bescheids.

Die Klage war somit mit der Kostenfolge des § 154 Abs. 1 VwGO abzuweisen.

Die Entscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit der Kostenentscheidung beruht auf § 167 Abs. 2 VwGO i.V.m. §§ 708 ff ZPO.

Rechtsmittelbelehrung

Rechtsmittel: Gegen dieses Urteil steht den Beteiligten die Berufung zu, wenn sie von dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof zugelassen wird. Der **Antrag auf Zulassung der Berufung** ist innerhalb **eines Monats** nach Zustellung des Urteils **beim Bayerischen Verwaltungsgericht Regensburg** schriftlich zu stellen (Haidplatz 1, 93047 Regensburg oder Postfach 110165, 93014 Regensburg).

Der Antrag muss das angefochtene Urteil bezeichnen. **Innerhalb von zwei Monaten** nach Zustellung des vollständigen Urteils sind die Gründe darzulegen, aus denen die Berufung zuzulassen ist; die **Begründung** ist, soweit sie nicht bereits mit dem Antrag vorgelegt worden ist, **beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof** (Ludwigstraße 23, 80539 München oder Postfach 340148, 80098 München) einzureichen.

Die Berufung ist nur zuzulassen, wenn 1. ernstliche Zweifel an der Richtigkeit des Urteils bestehen, 2. die Rechtssache besondere tatsächliche oder rechtliche Schwierigkeiten aufweist, 3. die Rechtssache grundsätzliche Bedeutung hat, 4. das Urteil von einer Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs, des Bundesverwaltungsgerichts, des Gemeinsamen Senats der obersten Gerichtshöfe des Bundes oder des Bundesverfassungsgerichts abweicht und auf dieser Abweichung beruht oder 5. wenn ein der Beurteilung des Berufungsgerichts unterliegender Verfahrensmangel geltend gemacht wird und vorliegt, auf dem die Entscheidung beruhen kann.

Der Antragsschrift sollen jeweils 4 Abschriften beigelegt werden.

Hinweis auf Vertretungszwang: Vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof müssen sich alle Beteiligten, außer im Prozesskostenhilfverfahren, durch einen Prozessbevollmächtigten vertreten

lassen. Dies gilt bereits für Prozesshandlungen, durch die ein Verfahren vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof eingeleitet wird, die aber noch beim Verwaltungsgericht vorgenommen werden. Als Bevollmächtigte sind Rechtsanwälte oder die anderen in § 67 Absatz 2 Satz 1 und Satz 2 Nr. 3 bis 7 VwGO sowie in §§ 3, 5 RDGEG bezeichneten Personen und Organisationen zugelassen. Behörden und juristische Personen des öffentlichen Rechts können sich auch durch Beschäftigte mit Befähigung zum Richteramt vertreten lassen; Einzelheiten ergeben sich aus § 67 Abs. 4 Satz 4 VwGO.

Dr. Lohner
Vorsitzender Richter
am Verwaltungsgericht

Dr. Thumann
Richter am Ver-
waltungsgericht

Dr. Hohmann
Richter am Ver-
waltungsgericht

Beschluss:

Der Streitwert wird auf 30.000,00 Euro festgesetzt.

Gründe:

Die Streitwertfestsetzung beruht auf § 52 Abs. 1 GKG i.V.m. Nr. 16.1 des Streitwertkatalogs für die Verwaltungsgerichtsbarkeit 2004 (NVwZ 2004, 1327), dessen Empfehlungen die Kammer folgt.

Rechtsmittelbelehrung

Rechtsmittel: Gegen diesen Beschluss steht den Beteiligten die **Beschwerde** an den Bayerischen Verwaltungsgerichtshof zu, wenn der Wert des Beschwerdegegenstandes 200,- EUR übersteigt, oder wenn die Beschwerde zugelassen wurde.

Die Beschwerde ist innerhalb von **sechs Monaten**, nachdem die Entscheidung in der Hauptsache Rechtskraft erlangt oder das Verfahren sich anderweitig erledigt hat, **beim Bayerischen Verwaltungs-**

gericht Regensburg (Haidplatz 1, 93047 Regensburg oder Postfach 110165, 93014 Regensburg) einzulegen. Anträge und Erklärungen können ohne Mitwirkung eines Bevollmächtigten schriftlich eingereicht oder zu Protokoll des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle abgegeben werden.

Ist der Streitwert später als einen Monat vor Ablauf dieser Frist festgesetzt worden, kann die Beschwerde auch noch innerhalb eines Monats nach Zustellung oder formloser Mitteilung des Festsetzungsbeschlusses eingelegt werden.

Der Beschwerdeschrift sollen 4 Abschriften beigelegt werden.

Dr. Lohner
Vorsitzender Richter
am Verwaltungsgericht

Dr. Thumann
Richter am Ver-
waltungsgericht

Dr. Hohmann
Richter am Ver-
waltungsgericht